

(Abgeordneter Biener.)

(A) des genossenschaftlichen Gedankens in beiden Richtungen im letzten Jahre, im Jahre 1915, ganz wesentlich gefördert worden ist und daß weiter die Bestrebungen, die gegenwärtig noch in lebendiger Weise aufrechterhalten werden, wahrscheinlich zu einer weiteren Förderung und Kräftigung des Genossenschaftswesens führen werden. Ich begrüße diese Entwicklung. Da ich ja schon von Anbeginn der Genossenschaftsbewegung im Königreich Sachsen ihr gedient habe, so kenne ich natürlich auch die Schwierigkeiten, die sich dieser Entwicklung in den Weg gestellt haben. So groß aber die Schwierigkeiten auch gewesen sein mögen, sie haben nicht davon abgehalten, daß, unverrückbar das Ziel im Auge haltend, auf dem Wege weiter fortgeschritten worden ist, und ich darf sagen, daß es die Königliche Staatsregierung sich hat angelegen sein lassen, diese Bestrebungen zu stützen und zu fördern. Und wenn bis heute noch nicht davon gesprochen werden kann, daß wesentliche Früchte dieser Bestrebungen schon auf dem Tische liegen, so darf aber der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß in der Zukunft sicher die aufgewendeten Mittel und die Bemühungen, die nach jener Richtung hin durchgeführt worden sind, die Früchte und den Erfolg doch noch zeitigen werden.

(B) Freilich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß recht wesentliche Bestrebungen in gegenteiliger Beziehung bestehen, z. B. durch die Eingabe des Deutschen Handelstages an den preußischen Handelsminister dahingehend, die Übergabe von öffentlichen Arbeiten an das Handwerk nicht in allzu großer Weise zu fördern, so möchte man zu der Meinung kommen, daß man in jenen Kreisen die Befürchtung hat, als könnte das Handwerk unangemessen bevorzugt werden. Aber darum handelt es sich gar nicht, sondern es handelt sich bei den Bemühungen, die vornehmlich auch vom Deutschen Handwerks- und Gewerbeamttag in Hannover gefördert worden sind, darum, dem Handwerk einen angemessenen Platz an der Sonne zu sichern und dafür zu sorgen, daß das Handwerk in größerem Maße als bisher zur Erledigung der öffentlichen Arbeiten mit herangezogen wird. Der Erlaß, der dann von dem Herrn Minister v. Sydow ergangen ist, besagt ja auch, daß die Befürchtungen des Deutschen Handelstages unberechtigt und unbegründet sind und daß es sich bei den Bestrebungen der Gegenwart nur darum handeln kann, den handwerksmäßigen Betrieben Gerechtigkeit widerfahren zu lassen; also kein besonderer Vorzug, sondern eine ganz gerechte Mitarbeit soll für das Handwerk gewährleistet werden.

Es muß aber dabei auch darauf hingewiesen werden,

daß bei der Vergabung von öffentlichen Arbeiten, vornehmlich, wie ich jetzt im Auge habe, bei den Militärlieferungen, die überflüssige dritte Hand beseitigt werden muß. Da ist nicht allenthalben die richtige Bahn zu beobachten gewesen. Ich möchte an Vorgänge erinnern, die sich bei der Artilleriewerkstatt in Dresden zugetragen haben, wo den betreffenden Bewerbern direkt der Hinweis gegeben worden ist, wenn sie nicht selbst den Auftrag erhalten können, daß dann vielleicht der Weg über eine Mittelperson gewählt werden möchte, um das Ziel zu erreichen. Ich habe auch die Unterlagen dafür hier, möchte sie aber hier nicht vortragen, sondern habe die Absicht, mich an die betreffende Stelle unmittelbar zu wenden. Jedenfalls ist es notwendig zu betonen, daß bei solchen Dingen der parasitäre Zwischenhandel, der Zwischenhandel, der sich ganz unnötig dazwischen drängt, ausgeschlossen werden muß.

Wenn es sich insoweit um die aktive Förderung des Handwerks handelte, so möchte auch die Förderung der Interessen des Kleinhandelsstandes nicht außer acht gelassen werden. Aber auch hier sind in den letzten Monaten doch erhebliche Bedenken aufgetaucht, ob bei der Verteilung der Nahrungsmittel durch die Kommunalverbände dem Kleinhandel in ausreichender Weise die Beachtung geschenkt worden ist, die ihm zukommt. Ich meine, die aktive Förderung dadurch, daß man einem Kleinhändler einen kleinen Gewinn zubilligt, muß doch näher liegen, als daß man durch Staatsdarlehen die Aufrechterhaltung der Betriebe fördert und ermöglicht.

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter Biener, ich bin von zwei Seiten aufmerksam gemacht worden, daß eigentlich diese ganzen Darlegungen eigentlich mit dem Gegenstande nichts zu tun haben. Ich würde Ihnen dankbar sein, wenn Sie sich darüber nicht weiter ausließen.

Abgeordneter Biener (fortfahrend): Ich war fertig mit diesem Teil, Herr Präsident.

Meine Herren! Ich wollte durch das, was ich eben gesagt habe, nur den Nachweis erbringen, daß es unbedingt erforderlich ist, die wirtschaftliche Struktur unseres Volkskörpers zu erhalten, und dazu gehört eben die Erhaltung der Landwirtschaft der Industrie und des Handels, dabei aber auch des Handwerks und des Kleinhandels.

Meine verehrten Herren! Die Frage der Kriegshilfe durch Darlehen, auf die ich nun zukomme, hat sich für mich und für uns auf der rechten Seite des Hauses in einer ganz erfreulichen Weise entwickelt, wie